

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08
Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 08 86 846 pbbn d

Inhalt

Erwin Horn MdB, Vorsitzender der Arbeitsgruppe Sicherheitsfragen der SPD-Bundestagsfraktion, weist die Position der Bundesregierung in der Frage der chemischen Waffen zurück.

Seite 1

Rudolf Hartung, Bundesvorsitzender der Jungsozialisten, fürchtet, daß mehr als 108 Pershing II in der Bundesrepublik aufgestellt werden.

Seite 3

Hans-Günther Toetemeyer MdB, Mitglied des Bundestagsausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit, lehnt für seine Fraktion das Referendum Südafrikas ab.

Seite 5

Klaus Thüsing, Vorstandsmitglied der Sozialdemokraten im Bezirk Ostwestfalen-Lippe, nennt die anstehenden Wahlen in der Türkei eine Farce.

Seite 6

38. Jahrgang / 212

4. November 1983

Kohl reckt die Hände nach den C-Waffen

Die Regierung setzt auf eine militärisch sinnlose Ausstattung

Von Erwin Horn MdB
Vorsitzender der Arbeitsgruppe Sicherheitsfragen der SPD-Bundestagsfraktion

Im Weißbuch 1983 ist unter dem Kapitel "Genfer Abrüstungsausschuß" ein Satz zu den C-Waffen zu lesen, der Erstaunen hervorrufen muß. Es heißt dort: "Sie (die Bundesrepublik Deutschland) hat auch daher ein überragendes Interesse an der weltweiten Beseitigung dieser Waffen (C-Waffen) durch ein umfassendes Verbotsabkommen." Dem Kapitel über die chemischen Waffen muß man aber wohl auch entnehmen, daß die Bundesregierung ein "überragendes" Interesse an der Aufrechterhaltung eines großen Arsenal an C-Waffen beimißt und zwar mit der Erklärung, daß die Streitkräfte der NATO "chemische Kampfstoffe zur Vergeltung in begrenztem Umfang einzusetzen" fähig sein müssen; die C-Waffen sollen zur Aufrechterhaltung einer begrenzten Repressalienkapazität dienen, "um einen Aggressor von einem völkerrechtswidrigen C-Einsatz abzuhalten".

Betrachtet man gleichzeitig das, was diese Bundesregierung aussagt über C-Waffen und die sowjetische Militärdoktrin, dann stellt sich die Frage, inwieweit die Bundesregierung einen Weg beschreitet, der von der bisherigen Haltung wegführt, um mit der Sowjetunion und dem Warschauer Pakt gleichzuziehen hinsichtlich Abwehrfähigkeit und Angriffsfähigkeit im C-Waffen-Bereich.

Wesentlich widersprüchlicher wird die Frage der chemischen Waffen allerdings, wenn man mit einbezieht, daß das Weißbuch einen C-Waffeneinsatz des Warschauer Paktes expressiv verbis mit der nuklearen Eskalation bedroht.



Angesichts einer solchen Aussage stellt sich in dieser tödlichen Logik die Frage, warum man nach der nuklearen Eskalation noch C-Waffen als Repressalie einsetzen muß und was noch wesentlich wichtiger ist: Wenn die nukleare Eskalation einzig und allein den Sinn haben soll, den Krieg zu beenden, welche Rolle sollen dann nach diesem Signal zur Kriegsbeendigung C-Waffen-Einsätze haben?

In diesem Zusammenhang kommt der Reduzierung des taktischen Atomwaffenpotentials in der Bundesrepublik um etwa die Hälfte besondere Bedeutung zu. Reduziert werden vor allem Kurzstreckensysteme, die inzwischen militärisch unnötig sind, weil die zuständigen Militärstrategen nach der konventionellen Kampfkraftsteigerung der Bundeswehr unter dem Oberbefehl von drei sozialdemokratischen Verteidigungsministern in den letzten 13 Jahren zu Recht davon ausgehen, daß die 1. Strategische Staffel des Warschauer Paktes nach einer Aggression aufgehalten werden kann und Nuklearwaffen den Krieg europäisieren könnten. Wendet man diese militärpolitische Überlegung auf die nur in der Bundesrepublik stationierten C-Waffen an, muß man gleichfalls zu dem Ergebnis kommen, daß sie militärisch sinnlos sind und einen chemischen Krieg auf Deutschland begrenzen würden. Sollte die gegenwärtige Regierung der USA unbedingt der Meinung sein, ihre C-Waffen modernisieren zu müssen, so könnten sie diese in den USA lagern, wo sie als Repressalienkapazität genauso ihre abschreckende Wirkung erzielen können. Im Unterschied zu der hemsärmeligen "Repressalienhaltung" der neuen Rechtskoalition in Bonn verhalten sich die amerikanischen Politiker in Senat und Repräsentantenhaus viel besonnener in der Frage der chemischen Waffen. Das Nein des Repräsentantenhauses und des Bewilligungsausschusses des Senats zu Reagans Plänen, die Produktion neuer chemischer Waffen aufzunehmen, ist ein hoffnungsvolles Zeichen.

Die SPD hat im Februar dieses Jahres vorgeschlagen, "in Mitteleuropa eine Zone aller Staaten zu schaffen, die, wie die Bundesrepublik Deutschland, auf Besitz und Verfügung chemischer Waffen verzichtet haben, und die unter wirksamer Kontrolle von chemischen Waffen frei ist". Es ist einsehbar, daß eine solche "Vorleistung" die Verteidigungsbereitschaft der NATO nicht beeinträchtigen, sondern den in Genf stattfindenden Verhandlungen über C-Waffen einen neuen Impuls geben würde. (-/4.11.1983/ks/va)

+ + +



Das böse Spiel mit der Zahl 108

Wörner sollte sagen, wieviele Pershing tatsächlich kommen

Von Rudolf Hartung

Bundesvorsitzender der Arbeitsgemeinschaft der Jungsozialisten in der SPD

Wieviel Pershing II-Raketen werden 1985/86 tatsächlich in der Bundesrepublik stationiert sein? Bundesverteidigungsminister Wörner und auch Bundeskanzler Kohl haben mehrfach versichert, die Vereinigten Staaten würden lediglich 108 dieser todbringenden und politisch wie militärisch destabilisierenden Geschosse in die Bundesrepublik verfrachten.

Dennoch werden die Fragezeichen hinter den Erklärungen des Verteidigungsministers - und in seinem Schlepptau des Bundeskanzlers - immer größer; umso größer, je näher der Stationierungsbeginn rückt. Und Bundesverteidigungsminister Wörner wird sich in den nächsten Wochen nach allem was zu hören ist seitens der kritischen sicherheitspolitischen Berichterstattung, etwa durch "Spiegel" oder "Panorama", sehr unangenehme Fragen gefallen lassen müssen.

Es zeichnet sich ab, daß wir alle in punkto Anzahl der Pershing II geblufft worden sind: Entweder wurde der Verteidigungsminister zusammen mit uns geblufft durch die US-Regierung, als er am 8. und 9. November in den USA die Zahl 108 verkünden durfte, oder Wörner hat zusammen mit seinem Kollegen Weinberger die Öffentlichkeit dupliert, als sie bekräftigten, in der Bundesrepublik würden nur 108 dieser Raketen in Bereitschaft gebracht werden. Letztes ist wahrscheinlicher. Zur Erinnerung: Kurz vor dem erwähnten Besuch des frischgebackenen Verteidigungsministers in Washington hatte es in einer Reihe von Presseberichten geheißt, das Pentagon wolle für 108 Abschußeinrichtungen der Pershing II in der Bundesrepublik nicht nur jeweils eine, sondern zwei Raketen bereitstellen. Es war sogar die Rede davon gewesen, daß 380 Pershing II in die Bundesrepublik gebracht werden sollten.

Richtig ist an all diesen Berichten, daß es im NATO-Doppelbeschluß heißt, es würden 108 Anschußvorrichtungen in der Bundesrepublik aufgestellt, wenn "im Lichte der Verhandlungen" undsoweiter... Richtig ist ferner, daß diese Abschußvorrichtungen nachladefähig sind. Richtig ist drittens, daß neben der Bundesrepublik und den USA kein weiteres Land bekannt ist, das die Pershing II aufnehmen soll. Soweit würde wohl der Bundesverteidigungsminister dieser Darstellung folgen müssen.

Es hat sich mittlerweile herausgestellt, daß Mittel für 112 Pershing II im Haushaltsjahr 1983 der US-Regierung bewilligt wurden. Der US-Abrüstungsfachmann Bill Arkin hatte bereits frühzeitig errechnet, daß nach den Haushaltsansätzen für 1984 weitere 95 Pershing II die Bänder der Herstellungsfirma Martin-Marietta verlassen sollen. Auch diese Berechnung Arkins - eines Wissenschaftlers mit hohem Ansehen - wird sich nach neueren Informationen als richtig erweisen. Und folgt man seiner Berechnung, werden 1985 noch einmal Gelder für 104 dieser todbringenden Raketen bereitgestellt werden. Man mag einwenden, das Produktionsergebnis werde hiervon abweichen; es wird jedoch eine endgültige Produktionsziffer sein, die in der Größenordnung um 400 liegt. Schließlich werden in den USA bis 1987 rund 300 Sprengköpfe des neuen Typs W-85 mit einer Sprengkraft zwischen fünf und 50 Kilotonnen für die Pershing II gefertigt werden. Was



nicht nur meine Zweifel an der Zahl 108 erhärtet, sondern darüber hinaus vorsichtig die These bestätigt, daß Teile der Gesamtproduktion an Pershing II auch mit chemischen Sprengköpfen geladen werden könnten.

Realistisch ist anzunehmen, die USA werden zwischen 30 und 40 Pershing II zurückbehalten, um Testserien fortzuführen und an dieser Waffe ihre Trainingsprogramme ablaufen zu lassen. Rechnerisch kommt das hin: 40 bleiben in den USA, drei Mal 108 werden in die Bundesrepublik verfrachtet (ein Mal plus zwei Mal nachladen) und ein Rest würde in der Bundesrepublik vorgehalten als "Ersatzteillager". Für Abrüstungsfachleute in der Bundesrepublik wie Hans Günter Brauch steht heute bereits fest, daß die Gesamtproduktion nur plausibel erklärt werden kann, wenn mehr als 108 Pershing II bei uns aufgestellt werden.

Politisch hat sich Verteidigungsminister Wörner in der Pershing II-Frage so festgelegt, daß ihm alle kurzfristigen Auswege verbaut sind. Interessanterweise hat er aber die Festlegung auf die Zahl 108 im November 1982 mit der These verbunden, mit Aussicht auf Erfolg könne erst dann in Genf verhandelt werden, wenn stationiert werde. Egon Bahr hat damals im "Vorwärts" mit Erbitterung vermerkt, daß ein Stück politischer Kontinuität ohne Not geopfert worden sei.

Würde tatsächlich weiterverhandelt nach begonnener Stationierung, so ist anzunehmen, daß die Festlegung auf die Zahl 108 in der Bedeutung zurückfällt. Darauf setzt offenkundig der Verteidigungsminister.

Ich wage die Voraussage, daß unter Verhandlungsbedingungen bei laufender Stationierung eine alte Wörnersche Liebe wieder erglüht: Die Symmetrie der Bewaffnung durch alle Teilbereiche hindurch. Das heißt: Wörner und seine Combattanten werden erklären, angesichts der andauernden Rüstung der Warschauer Vertragsstaaten müsse der Westen "mitteilen". Wörner könnte sich so Spielraum schaffen für eine höhere Zahl von Pershing II; er wird sich so auch Argumentationsspielraum verschaffen für den übrigen taktischen Bereich der Atomwaffen bis hinunter zu kleinkalibrigen Neutronengranaten.

Um es noch einmal mit aller Deutlichkeit zu sagen: In der Wörnerschen Sicherheitsphilosophie bedeutet die Verhandlung bei laufender Stationierung eine Art "Neubeginn". Ein Neubeginn, bei dem die bisherigen "Nachrüstungs"-Quantitäten an Bedeutung verlieren und praktisch alles zur Disposition steht bis auf den Vorsatz, mitzuhalten und gegenzuhalten, koste es, was es wolle.

Gelingt es, die Bundesregierung in der Frage der Zahl der zu erwartenden Pershing II zur Wahrheit zu zwingen, werden wir auch wissen, wohin die Rechtsregierung rüstungspaltrisch tatsächlich hinstrebt.

(-/4.11.1983/ks/va)

+ + +



Apartheid bleibt bestehen!!

Das südafrikanische Referendum ist abzulehnen

Von Hans-Günther Toetemeyer MdB

Mitglied des Bundestagsausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit

In der Republik Südafrika ist am 2. November über eine Verfassungsänderung entschieden worden, die den Anspruch erhebt, mehr Bürgern als bisher politische Rechte einzuräumen. Trotz der für Inder und Mischlinge größeren - wenn auch immer noch eingeschränkten - Rechte, bleibt festzuhalten, daß die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung auch weiterhin aller politischen Rechte beraubt bleibt.

Die als Beweis demokratischer Verhältnisse angepriesene Reform kann nicht verbergen, daß die Apartheid im Grundsatz weiter besteht. Die Benachteiligung der schwarzen Bevölkerung wird zementiert.

Die Sozialdemokratische Bundestagsfraktion lehnt in Übereinstimmung mit der schwarzen und weißen Opposition in Südafrika daher das Referendum für die Verfassungsreform ab. Es bemäntelt nur die Verfestigung und Fortsetzung der Apartheid.

Die Fraktion wird sich wie in der Vergangenheit aktiv für die Herstellung echter demokratischer Rechte für alle Bürger Südafrikas einsetzen und daher sehr bald eine Delegation in das südliche Afrika entsenden, um auf der Grundlage von Informationen aus erster Hand Entscheidungen über ihr weiteres konkretes Vorgehen zu treffen.

(-/4.11.1983/ks/va)

+ + +



Die Militärs bauen sich eine Fassade

Zu den Wahlen in der Türkei und zur Haltung der Bundesregierung

Von Klaus Thüsing

Mitglied des Vorstandes des SPD-Bezirks Ostwestfalen-Lippe

Diktaturen, die unter den Druck der öffentlichen Meinung des Auslandes geraten, neigen dazu, sich eine demokratische Fassade zuzulegen. Mit den Begriffen "Verfassung" und "Wahlen" verbindet sich allemal die Vorstellung von rechtsstaatlicher Ordnung und einschätzbarer Verlässlichkeit. Was lag also näher für die türkische Militärjunta, als der wachsenden Kritik besonders in den westeuropäischen Staaten durch eine neue Verfassung zu begegnen, die "Rückkehr zur Demokratie" signalisieren sollte.

Doch Verfassung und Wahlen entlarven sich als Betrugsmanöver. Nicht "Rückkehr zur Demokratie" wollen die Militärs sondern Legitimität für die dauernde Etablierung ihres blutigen Unterdrückungsregimes - eine Fassade, die dem Unrecht und der Gewalt den Anstrich von Rechtsstaatlichkeit geben soll.

Die Türkei soll mit Hilfe der neuen Verfassung und der Wahlen endgültig zu einem Staat der Militärs werden: mit Lizenzparteien, ohne Gewerkschaftsfreiheit, ohne Vereinigungsfreiheit, ohne Menschenrechte, ohne Pressefreiheit, mit Unterdrückung aller Nichttürken, - insbesondere der Kurden - und ohne Hoffnung darauf, daß ein soziales Fundament möglich wird, auf dem sich Demokratie entfalten könnte.

Von den Militärs war anderes nicht zu erwarten - wohl aber können Demokraten von den politisch Verantwortlichen in der Bundesrepublik erwarten, daß die Wertmaßstäbe, die unserer Verfassung zugrundeliegen, auch für die Beurteilung der türkischen Verfassung gelten. Doch insbesondere die Bundesregierung treibt ein Übles Spiel: Während seit dem Putsch der Militärs im September 1980 als Vorleistung auf die versprochene "Rückkehr zur Demokratie" - von den Militärs mit kleinen Zugeständnissen garniert - enorme Summen an Wirtschafts- und Militärhilfe gegeben wurden (insgesamt circa zwei Milliarden DM), wird nun die einfache Tatsache, daß es eine Verfassung gibt und sogenannte Wahlen stattfinden, als Tatsache des erfüllten Versprechens der "Rückkehr zur Demokratie" genommen - eben Demokratie auf Türkisch: Womit, wenn man nicht heimliche Sympathie mit und Sehnsucht nach einem autoritären Obrigkeitsstaat faschistoider Prägung unterstellen will, die Vorurteile gegen die Türken ihre regierungsamtliche Bestätigung finden: Die Türken, ein Volk, das für die Demokratie nicht taugt.

Auch aus einem anderen Grunde ist von der Bundesregierung nicht zu erwarten, daß die neue Verfassung der Türkei und die Wahlen als Bruch des Versprechens, die Demokratie wieder herzustellen, gewertet werden. Da die zunehmende Ausländerfeindlichkeit in der Bundesrepublik durch die offizielle Politik der "Ausländerkonsolidierung" (ein Wort aus dem Wörterbuch des Urmenschen) ihre politische Entsprechung und Ermunterung findet, was in der Türkei trotz der viel beschworenen "deutsch-türkischen Freundschaft" zu zunehmender Beunruhigung und negativen Reaktionen führt, besteht Bedarf, auf dem Altar der "deutsch-türkischen Freundschaft", Opfer zu bringen: Keine Kritik an der blutigen Unterdrückungspolitik der Junta, ja Unterstützung dieser Politik durch Auslieferung politisch Verfolgter, keine Kritik daran, daß sich die Militärs mit der Verfassung und den Wahlen eine scheindemokratische Fassade zugelegt haben, weitere Militär- und Wirtschaftshilfe auch in der Erwartung, daß die türkische Regierung auf die ab 1986 vertraglich vereinbarte Freizügigkeit zwischen der Bundesrepublik und der Türkei verzichtet.

Der Widerstand gegen die Militärs in der Türkei und der Kampf für eine demokratische Türkei bleiben angewiesen auf diejenigen, die in der Bundesrepublik seit Jahren mit unseren türkischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern gegen Ausländerfeindlichkeit und für eine demokratische Zukunft der Türkei kämpfen. (-/4.11.1983/ks/va)

+ + +

